

Zur gleichen Zeit, als Wörner und seine europäischen Kollegen in der Türkei mit Weinberger noch über Möglichkeiten diskutierten, mit Moskau zu Vereinbarungen zu kommen, veröffentlichte Washington einen Reagan-Brief an den Kongreß. Kernpunkt: Ein umfassendes Verbot von Anti-Satelliten-Waffen mache keinen Sinn, da es nicht zu kontrollieren sei. Wieder einmal hatten die USA im Alleingang gegen ihre Verbündeten entschieden.

Noch trösten sich Kohl, Genscher und Wörner damit, die Entwicklung zum nächsten gigantischen Rüstungsschub sei zu bremsen. Rüstungsexperten halten dies für pure Illusion: Seien erst einmal Milliarden in die Entwicklung neuer Waffen investiert, werde die Produktion auch aufgenommen.

Washingtons vorerst letzter Überraschungscoup hat bei den Bonnern das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem großen Verbündeten verstärkt – und gleichzeitig Regierung und Opposition näher zusammengeführt. Plötzlich reden die Koalitionsparteien, gleich wie die SPD, von der Notwendigkeit, daß Europa in der Sicherheits- und Entspannungspolitik endlich mit „einer Stimme“ sprechen müsse.

Zu diesem Zweck wollen Kohl und Genscher eine fast vergessene Institution neu beleben: Der Vertrag über die Westeuropäische Union (WEU), der 1954 von England, Frankreich, der Bundesrepublik und Italien unterzeichnet wurde, soll den Europäern bei der Koordinierung ihrer Sicherheitsinteressen helfen.

Daß die Europäer, die in der EG wie Krämer über Fette und Fangquoten feilschen, nun plötzlich gemeinsame Sicherheitsinteressen formulieren und mit größerem Gewicht gegen die Vorherrschaft der Amerikaner in der Nato auftreten, ist kaum zu erwarten.

Die Westeuropäische Union, beteuerte schon vorsorglich der Kanzler, sei nicht gegen die USA gerichtet, sie solle lediglich der „zweite, der europäische Pfeiler“ der Nato werden.

Das wollen die WEU-Mitglieder den Amerikanern zum 30jährigen Jubiläum der Union im Oktober klarmachen. Bei einem Festakt in Rom werden sie unter Vorsitz von Hans-Dietrich Genscher eine „Europäische Deklaration“ verabschieden. Demonstrativ nehmen an der Sitzung in Rom erstmals die Verteidigungsminister teil.

Doch die Amerikaner werden sich von der Trotzgebärde kaum beeindrucken lassen. Der General a. D. Gerd Schmückle, der als ehemaliger stellvertretender Nato-Oberbefehlshaber in Europa die Kräfteverhältnisse in der Allianz genau kennt, hält die neuen Aktivitäten der Europäer denn auch für Theaterdonner.

Schmückle: „Man soll in der Politik nur protestieren, wenn man die Macht hat, das Vorhaben, gegen das man protestiert, zu verhindern. Diese Macht hat nicht einmal das zersplitterte Europa.“

# Querdenker gegen Stadtsheriff

SPiegel-Reporter Hans-Joachim Noack über die Heidelberger OB-Wahlen



Kontrahenten Zundel, Müller: „Heidelberg braucht den Befreiungsschlag“

**K**nallend verhallt der Satz, wie ein Peitschenhieb. „Heidelberg braucht den Befreiungsschlag“, ruft da einer in den Saal. Albrecht Müller heißt der Mann am Mikrophon, der dem machtbehafteten Stadtoberhaupt Reinhold Zundel am 6. Mai das Amt streitig machen will.

Im „Zieglerbräu“, wo sich die Rivalen in qualvoller Enge zu einem Dialog gegenüber sitzen, scheint die Luft zu zittern, und die Geister scheiden sich. Tohuwabohu, frenetischer Beifall, Füßetrampeln – aber auch Schreie blanken Entsetzens über soviel angebliche Unvernunft, die die Stadt in ein „neues Chaos“ hineinzutreiben beabsichtigt.

Ein Professor stöhnt auf: „Wie damals, ganz so wie damals“, als in der Uni die Apo ihn schikaniert habe. Befreiungsschlag? „Da hört man's“, brüllt Zundel zurück, was ihn in dieser Stadt notwendig mache. „Damit die alten Sitten nicht wieder einreißen!“

Wahlkampf in Heidelberg: seit spätestens Mittwohabend vergangener Woche knochenhart und von wachsender Polarisierung gekennzeichnet.

In Heidelberg verteidigten „die Mächtigen ihre Macht mit Zähnen und Klauen“, geißelt der Kandidat Müller und ortet den seit achtzehn Jahren im Amt befindlichen Oberbürgermeister an der Spitze eines auf „Angst und Abhängigkeiten“ aufgebauten „zementierten Herrschaftsgefüges“. Strukturen erkennt er, die er so schlimm findet, daß sie ihn gar an Chicago erinnern.

In Heidelberg, entrüstet sich der zunehmend nervöser werdende OB Zundel hinter seinem Schreibtisch, gebe es seit Jahr und Tag „eine Clique“, die die Stadt umkrepeln wolle. Mit deren völlig falschem Meinungsbild werde sein Widersacher versehen – als deren Protagonist sei er nun angetreten.

Konfliktverschärfend darüber hinaus: Um den Sieg streiten zwei Männer, die sich auf dieselben Ursprünge berufen. Zum einen der Sozialdemokrat Albrecht Müller, 45, in Heidelberg geboren, Diplomvolkswirt und in Bonn seit 1973 bis zum Ende der sozialliberalen Ära unter Willy Brandt und Helmut Schmidt Chef der Planungsabteilung im Kanzleramt.

Zum anderen der Schwabe Reinhold Zundel, 54, Verwaltungsjurist und, wie er kühn behauptet, obschon er der SPD 1981 den Rücken kehrte, „noch immer in der Kontinuität der Sozialdemokratie stehend“, während sich die Partei halt leider geändert habe.

Zundel gegen Müller – ein von allerlei taktischen Finessen durchsetztes Duell, das verwirrt und vor allem die jeweiligen Gefolgschaften nur schwer bestimmbar macht.

Klar ist, daß die SPD nun wieder einen hat, zu dem sie aufschauen kann, der sich reinkniet und der seiner Partei nach deren Leidensweg unter dem schäumend egozentrisch sich gebärdenden Ex-Genossen ein neues Identitätsgefühl gibt.

Die Mandats- und Funktionsträger erlebt man also sichtlich befreit. Aber gilt

das auch für das sozialdemokratische Fußvolk, die Masse jener, die dem Stadtoberhaupt bei dessen letzter Wahl 1976 (und schon damals von der SPD nur mehr zähneknirschend toleriert) mit 79,6 Prozent einen nachhaltigen Vertrauensbeweis entgegenbrachten?

De facto, auch wenn er das gerne verbrämt, steht Reinhold Zundel jetzt für die CDU. Die Christenunion, in Heidelberg numerisch die stärkste Kraft, hat zu seiner Bestätigung aufgerufen.

Doch auch an deren Basis rumort es. Irritiert ist man da von einem Akt vorgeblicher Klugheit, den man wohl eher als schlappe Selbstbescheidung empfindet. Verübelt wird der Parteiführung, daß sie keinen eigenen Kandidaten an-

Überwunden die Zeiten, in denen die Schreckensmeldungen grassierten. Heidelberg anno '68 und folgende Jahre: ein Zentrum der Apo, des KBW, des ausgeflippten Sozialistischen Patientenkollektivs, aus dem sich die RAF zum Teil rekrutierte, der Stadtguerilla und Straßenschlachten. Heidelberg '84: eine Kommune, die sich im Frühling schläfrig räkelte und in der darüber hinaus nur noch wenig geschieht.

Sauber ist diese Stadt nun tatsächlich, aber zugleich auch geistig verödet. Die Universität, nach Prag und Wien die älteste im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, spielt da nur noch eine untergeordnete Rolle. Nichts strahlt mehr hinter den vielfach strahlenden Fassaden. Sein Geburtsort, klagt der

zelt. Die Grundlage bietet dafür die baden-württembergische Gemeindeordnung, nach der er sowohl Verwaltungschef als auch Vorsitzender des Parlaments ist, auf Sitzungen die jeweilige Tagesordnung bestimmt, sich oder anderen das Wort erteilt oder die Diskussionspartner abblockt, wann immer er das für geboten hält.

Er schöpft diese Rechte aus, sagt er, weil er sich sonst „der Verantwortung entzöge“. Was soll's, sein Vorgänger, so erinnert sich der derbe Zuchtmeister, sei „ein Herr“ gewesen und habe den Gemeinderat „moderiert“, aber „die Stadt ist darüber stehengeblieben“.

Alles läuft über Zundel. Alle Informationen aus allen Ämtern des Rathauses, nachdem er selbst den Dezernenten eine entsprechende Auflage erteilt hat. Keiner hat die Stadt wie dieser OB im Griff, verfügt über ein ähnliches Vertrauensleute-Netz in den annähernd 700 Vereinen am Ort. Keiner auch darf sich einer derart ungebrochenen Hofberichterstattung erfreuen, wie sie ihm die Heidelberger „Rhein-Neckar-Zeitung“, ein Monopolblatt, täglich auf den Frühstückstisch legt.

Gegen solche „Machtkonzentration auf eine Person“, überhaupt gegen „den Geist der fünfziger Jahre“, der da unverhohlen im Rathaus wehe, hat Müller nun Front gemacht. Schluß müsse endlich damit sein, daß sich gestandene Menschen, etwa städtische Bedienstete, aber auch x-beliebige Geschäftsleute „zu Recht davor fürchten, mit mir gesehen zu werden“.

Zundel hält das für „Blabla“, er weiß, wie ihn sein Gegner einschätzt – als eine „Figur, zum Beispiel, reiner technokratischer Unkultur und als großen Zampano“. Er nehme solche Anwürfe „sportlich“, sagt er leichthin, doch er wolle bei seinem Regierungsstil bleiben. Denn dieser Obermeister hat sich geschworen, daß „die verdeckte Gewalt“ in Heidelberg nicht wieder entflammen darf.

Der ehemalige Brandt-Berater möchte statt dessen mehr Demokratie, mehr Menschlichkeit wagen. Ein Wort, das er nur deshalb nicht so in den Mund nimmt, weil es nach der rasch heruntergekommenen Hochstimmung der frühen Bonner sozialliberalen Ära inzwischen tausendfach diffamiert worden ist.

Sachpolitisch versucht er sich von großen Visionen freizuhalten und führt bewußt gegen die einstmals oder noch immer von Zundel geplanten Prunkprojekte wie „Technologie-Park“, „Transurban“ oder „Japan-Center“ vergleichsweise Bescheidenes ins Feld.

Wird er gewählt, will Müller Jugendzentren schaffen („auch selbstverwaltete“), sich dem Verkabelungszwang widersetzen und den Cityverkehr beruhigen. Heidelberg, fordert der Kandidat so heftig, als sei er dabei, eine bahnbrechende gesellschaftspolitische Entschei-



Wahlkämpfer Müller, Ehefrau Anke (l.): „Angst und Abhängigkeiten“

bieten mochte. Wahlenthaltungen werden angekündigt.

Dabei hätten gerade die Konservativen alle Veranlassung, mit ihrem Oberbürgermeister mehr als zufrieden zu sein. Was immer nach dem Bonner Machtwechsel bundesweit im Schwange ist, die Summe der Wende-Tugenden von der Wirtschafts- und Finanzpolitik bis hin zu Moral, Anstand, Sitte – der Mann in Heidelberg hat das alles seit Jahren vorgelebt.

Unter Zundels rigider Führung ist die 134 000 Einwohner zählende Stadt am Neckar aus der Sicht der Alteingesessenen wieder zum Kleinod geworden. In Vollzug ihrer historischen Verpflichtung als ehemalige Hochburg deutscher Romantik gründlich gereinigt, in Teilen mehr rasiert als saniert, eine Attraktion allenfalls noch für Touristen aus den USA und Japan, die sich ihr germanisches Schatzkästlein so oder so ähnlich von jeher vorgestellt haben mögen.

OB-Bewerber Albrecht Müller, sei „muffig, verdorben“, werde von einem „Vorurteilsclima“ beherrscht.

Natürlich zielt diese Attacke auf Zundel, der es unbestritten clever verstanden hat, die bei dem Gros der Bürgerschaft zumal in den wilden Jahren aufgebrochenen Ängste in Anhänglichkeit umzusetzen.

Der bei seinem Amtsantritt selbst von linken Studenten hoffnungsvoll begrüßte liberale Ordnungspolitiker hatte sich in jener Phase zu einer Art von Stadtscherriff gewandelt. Zu einem Kraftprotz, der sich selbst als „eckig“ beschreibt, in den Kampfzeiten den Revoluzzern auch schon mal Prügel anbot und der bis auf den heutigen Tag fast automatisch die Faust ballt, sooft er den Rechtsstaat gefährdet glaubt.

Knackig springt Zundel aber nicht allein mit „den Typen“ um. Auch die Stadträte, die Abgeordneten aller Fraktionen werden bisweilen rüde abgekan-

dung vorzubereiten, „braucht nun endlich ein Radwegenetz“.

„Theoretisch ein schönes Programm“, loben ihn die Grünen, die erst kürzlich, bei den baden-württembergischen Landtagswahlen, in der Universitätsstadt mit 13,6 Prozent einen gewaltigen Sprung getan haben.

Könnte der SPD-Reformer ihr Favorit sein? Nicht ausgeschlossen. Zunächst mal gibt es da zwar noch einen eigenen, einen namens Metzner, der sich freilich selbst ernannt hat und auf uneingeschränkte Unterstützung deshalb kaum hoffen darf. Am Ende dann also doch „Grüne für Müller“? Die Chance winkt, wenn sich eine Stichwahl ergeben sollte.

Denn „den Albrecht“ mögen sie schon, nur, sie mißtrauen der SPD. Die Heidelberger Alternativen und Ökologen, allesamt keine „Fundamentalos“, möchten sich nicht mit dem Hinweis abspesen lassen, daß bei dieser Entscheidung keine Parteien zur Wahl stehen. Urwahl hin, Urwahl her: Der Sozi müsse mit seinem „Verein“ leben, und der habe den örtlichen Filz doch auf dem Gewissen.

Und Müller weiß selbst, daß er hier Ballast mitschleppt. Ohne sich bei den Grünen anzubiedern, ist er im Grunde froh, daß ihm dieser „Personen-Wettbewerb“ die gute Möglichkeit einräumt, auch über die SPD hinaus eine eigene Offenheit darzustellen“.

Schon in Bonn, sagt der zu seiner Unterstützung an den Neckar herübergekommene Parteivorsitzende Willy Brandt, sei der junge Genosse „ein prima Querdenker“ gewesen.

In Heidelberg liefert der auf solche Art gelobte den Beweis, indem er ohne Schwierigkeiten von SPD-Leuten spricht, die in der Stadt „ganz klar den Weg des Zubetonierens gegangen sind“. Müller unerschrocken: „Das war Börnersche Politik in der alten Form.“ Er habe die Parteifreunde vor Ort „schon ein Stück weit umdrehen können“.

Manches spricht dafür, daß „der Neue“ (so der Plakattext) in Heidelberg Fronten klärt. Einerseits er, große Teile der SPD und der Grünen, auch die von der FDP abgespaltenen Liberalen Demokraten und „wer immer ansonsten da noch hinzustoßen mag“. Andererseits Zundel, große Teile der CDU, der Freien Wähler, der Rest-FDP und, schmerzlich, Genossen, die nicht mehr umdenken mögen.

Seit bei den baden-württembergischen Landtagswahlen die SPD und die Grünen in Heidelberg auf über 50 Prozent der Stimmen kamen, scheint auch der amtierende Oberbürgermeister seines Sieges nicht mehr ganz so gewiß zu sein.

Also hat er beschlossen, an den noch verbleibenden Wochenenden „durch die Stadt zu gehen“, einfach „so durchzulaufen“, sich „zu zeigen“ und auf seine Wirkung zu setzen.

## ARBEITSZEIT

### Völlig illusionslos

**Die Chance, daß sich die Tarifparteien noch über kürzere Arbeitszeiten einigen, ist klein – ein längerer Streik wahrscheinlich.**

Der Gewinner scheint schon festzustehen. Wenn sich am Dienstag dieser Woche, morgens um zehn, die Unterhändler von IG Metall und Metall-Arbeitgebern zusammensetzen, um noch einmal über kürzere Arbeitszeiten miteinander zu ringen, dann wird wohl nur das Düsseldorfer Hotel Inter-Continental auf seine Kosten kommen.

dagegen wollen die wöchentliche Arbeitszeit unter 40 Stunden drücken.

Der Kampf um die Arbeitszeit ist noch längst nicht ausgestanden, die Zeit-Bombe wird sich auch am Dienstag nicht entschärfen lassen. So wie es vergangene Woche aussah, ist ein Streik in der Metallindustrie, der sich über Wochen hinziehen könnte, kaum zu vermeiden.

In Düsseldorf wird noch verhandelt, aber die Vorbereitungen für den Arbeitskampf sind im stillen längst angelaufen. IG-Metall-Hauptkassierer Norbert Fischer hat Streikgelder von den Gewerkschaftskonten abgezogen. In den Betrieben gehen die Vertrauensleute die Mitgliederlisten durch und prüfen, ob alle ihre Beiträge pünktlich bezahlt haben. Andernfalls gibt es keine Streik-



**Drucker-Streik in Frankfurt:** Gezielt und überraschend

Die Gesprächspartner reisen mit großem Gefolge an – je geringer die Aussicht auf Erfolg, um so beeindruckender die Show. IG-Metall-Vorsitzender Hans Mayr und Arbeitgeber-Präsident Wolfram Thiele bringen ihre Vorstandsmitglieder und Verbandsvorsitzenden mit, hauptamtliche Geschäftsführer und nebenamtliche Funktionäre sind geladen, insgesamt über 120 Tarifexperten.

Sie alle müssen untergebracht und gepflegt werden, denn es wird wohl eine lange Nacht. Die Hotellerie dankt.

Während Warnstreiks im Druckgewerbe die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bekräftigten, waren die Tarifparteien der Metallindustrie auch in der vergangenen Woche so weit wie eh und je auseinander. Die Arbeitgeber, so ihr Anführer Thiele, gehen „mit der festen Absicht“ ins zweite Spitzengespräch, „die 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit zu erhalten“. Die Metaller

unterstützung. Die Kollegen von der IG Druck und Papier sind schon weiter. Am Donnerstag vergangener Woche legten sie in Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Hamburg für 24 Stunden mehr als 30 Druckereien lahm. Viele Tageszeitungen erschienen nicht. „Mit gezielten und überraschenden Aktionen“, so IG-Druck-Vorsitzender Erwin Ferlemann, wolle die Gewerkschaft die Arbeitgeber zu Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche zwingen. Am Freitag sah es danach aus, als könnten beide Seiten wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Auch in anderen Bereichen wird es unruhig. Für Dienstag ruft die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu einem „zentralen Aktionstag“ für die 35-Stunden-Woche auf. In München, Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg sollen die Gewerkschafter in den Bankhäusern zu Warnstreiks ihre Schalter schließen. Selbst der öffentliche